

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

Leitlinie 1: Attraktiv und vital in allen Regionen

Ausgangslage

Zur Attraktivität ländlicher Räume gehören neben Heimatverbundenheit und eigenständiger Lebenskultur auch wohnortnaher Zugang zu Arbeit, Bildung und Versorgungseinrichtungen sowie bezahlbarer Wohnraum. Gleichzeitig haben Kommunen in strukturschwächeren Regionen immer größere Schwierigkeiten ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Wir brauchen deshalb vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine bezahlbare Infrastruktur sowie ein flächendeckendes Netz an Einrichtungen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – auch über Verwaltungsgrenzen hinweg. Eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen im ländlichen Raum kann Lebensqualität vor Ort sichern.

Zukunftsperspektiven

Lebens- und Arbeitsräume sind nicht in jedem Dorf gleichartig!

Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei den vorhandenen Versorgungseinrichtungen in strukturschwachen und von demografischer Schrumpfung betroffenen Dörfern immer weiter auseinander. Ein herkömmliches Gegensteuern ist von den Kommunen kaum finanzierbar, da immer weniger Nutzer die Kosten für funktionsfähige Infrastruktureinrichtungen tragen müssen. Daher sind neue Modelle und Denkansätze sowie Zusammenarbeit gefragt.

Der demografische Wandel betrifft alle Kommunen im ländlichen Raum, allerdings in unterschiedlicher Intensität. Es gilt Entscheidungs- und Planungsgrundlagen zur demografischen Entwicklung erarbeiten.

- Jede Kommune sollte zur Bestandserfassung der Bevölkerungsentwicklung einen „Demographie-Check“ vornehmen: auf möglichst kleinräumiger Basis den Ist-Stand Bevölkerung, Altersstruktur und Prognosen darstellen.
- Darauf aufbauend ist ein Handlungskonzept (auch unter Einbezug externer Partner) zu erarbeiten und umzusetzen.

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung zum demografischen Wandel und zu Schrumpfung ausbauen; Dialog zwischen Entscheidungsträgern und Bevölkerung organisieren

- politische Entscheidungsträger/-innen schulen
- Zahlen, Daten, Fakten zur demografischen Entwicklung in der Kommune veröffentlichen und auf deren Basis einen Dialog mit der Bevölkerung zu Konsequenzen des demografischen Wandels führen
- „unbequeme Wahrheiten“ kommunizieren und ohne Vorbehalte diskutieren („Darf man einen kleinen Ort sterben lassen?“)

Kommunale Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Attraktivität (von strukturschwachen Regionen) konsequent ausschöpfen

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- attraktiven und zeitgemäßen Wohnraum, auch Mietwohnungen anbieten
- Imagekampagnen durchführen: Vorzüge des ländlichen Raums (auch im Gegensatz zu den Metropolregionen) darstellen (wie intakte Vereinsstrukturen, Nachbarschaften, günstiger Wohnraum, Kleinteiligkeit, hohe Lebensqualität, Freizeitwert, günstiges Preis-Leistungsverhältnis, Möglichkeit des Landschaftserlebens, Entschleunigung)
- Bestand an Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen pflegen und stärken
- weiche Standortfaktoren weiter ausbauen (Kultur, Sport, Brauchtum, attraktive Landschaft)
- Ortsbilder verschönern (Bauliche Maßnahmen im Ortskern, den öffentlichen Raum attraktiv gestalten)
- Identitätsstiftende Maßnahmen (weiter) durchführen, um so die emotionale Bindung an den Ort zu stärken (Feste, Veranstaltungen, Brauchtum)
- kommunale Willkommenskultur- und -organisationsstruktur aufbauen: Begrüßung, Ortsführung, Hilfe bei Kinderbetreuung, Freizeitaktivitäten, Vorstellung Vereinsstrukturen
- ehrenamtliches Engagement fördern und wertschätzen
- Willkommenskultur für Zuwanderer aus dem In- und Ausland gemeinsam mit der Bevölkerung und der Wirtschaft aufbauen
- kommunale Handlungsmöglichkeiten zum Erhalt von wertortnaher Bildung gezielt wahrnehmen

Interkommunale Zusammenarbeit unter dem Grundsatz „Kooperation bei gleichzeitiger Profilierung der Unterschiede“ konsequent verfolgen

- Koordinierungsinstanz zu Definition von Themenfeldern der interkommunalen Zusammenarbeit einsetzen
- Einrichtungen der Daseinsvorsorge / Soziale Infrastruktur auch im Verbund mit mehreren Kommunen anbieten
- Arbeitsteilung von Verwaltungsaufgaben zwischen den Kommunen etablieren: z.B. nicht jede Kommune muss ein Standesamt vorhalten
- Kostenvorteile (economies of scale) durch interkommunale Einkaufsgemeinschaften nutzen
- ÖPNV und alternative Mobilitätskonzepte im interkommunalen Verbund ausbauen → für die Zukunftsfähigkeit ist ein guter ÖPNV in der Fläche unerlässlich
- Imagekampagne für ländlichen Raum in Großstädten
- Marketingmaterial für Kommunen entsprechend gestalten
- Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im interkommunalen Verbund angehen, z.B. interkommunaler Beschäftigungspool, interkommunale Ausbildungsbörse, Mentorenprogramme für Auszubildende, Interkommunale Dienstleistungszentren
- Gemeinsame Kampagnen und Aktionen erarbeiten (z.B. „Wie bringen wir kluge Köpfe zurück?, Kampagnen zu regionalem Stolz „Wir in ...“)
- Unterstützungsstrukturen regional aufbauen: Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche des mitziehenden Partners / der mitziehenden Partnerin geben, Einleben vor Ort, Einbindung in das Ortsleben
- Gute Beispiele Datenbank zur Gestaltung des demographischen Wandels interkommunal aufbauen und pflegen

Interorganisationale Zusammenarbeit in regionalen Verbänden ausbauen und stärken

- Ausbau von Kooperationsnetzwerken zur Zusammenarbeit und Abstimmung um Synergien zu nutzen (Wissenstransfer, Erfahrungsaustausch, gemeinsam Fördermöglichkeiten erschließen) (z.B. Leader LAG und Regionalmanagement, Dorferneuerung und Regionalmanagement, Tourismusverbände)

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Kooperationen zwischen Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und intermediären Organisationen auf regionaler Ebene anschieben, um drängende Herausforderungen zu bewältigen (Fachkräftemangel, neue Zielgruppen für den Arbeitsmarkt, Konflikte zwischen Naturschutz und Flächenbedarfe)
- Bildungsträger regional vernetzen, insbesondere zur Weiterqualifizierung von lokalen Handwerkern; Gastronomen und Fachkräften

Synergien zwischen starken und schwachen Kommunen im räumlichen Verbund herstellen

- Starke Kommune hält Leistungen für schwache Kommune mit vor (z.B. Bauhof, hier können auch Skaleneffekte genutzt werden)

Jedem sein Zuhause – Wohnraumangebot für alle Generationen und alle Bevölkerungsgruppen!

In den Gemeinden gibt es ein unterschiedliches Wohnraumangebot für Singles, Jugendliche, Familien und Senioren, das den jeweiligen Ansprüchen gerecht wird. Auch den Wohnwünschen von Menschen mit Migrationshintergrund und mit Handicap kann entsprochen werden.

Neue zukunftssträchtige Lösungsansätze für die Wohnbedürfnisse und -wünsche unterschiedlicher Zielgruppen und Generationen entwickeln

- Grundsatz der „Revitalisierung von Wohnraum vor Neuausweisung von Baugebieten“ konsequent verfolgen
- Altbestand ertüchtigen und nachverdichten: energetische und altersgerechte Sanierung der 1950er, 1960er und 1970er Jahre-Quartiere, korrespondierende Öffentlichkeitsarbeit anbieten (→ Verbindung zu Leitlinie 6)
- Kommunales Konzept zur Wohnraumentwicklung erarbeiten: quantitatives und qualitatives Wohnraumangebots (auch Anteil der altersgerechten Sanierung) in der Kommune erfassen, Wohnbedürfnisse und -wünsche der Bevölkerung erfassen, Handlungsmöglichkeiten erarbeiten
- Wohnraummanagement in Kommunen initiieren (z.B. Wohnraumbörse, kommunale Vermittlungsplattformen, Umzugsketten anstoßen – ältere Menschen bewegen, aus großen Einfamilienhäusern in altersgerechte Wohnformen in den Ortskern umzuziehen; „Kümmerer“ und Koordinator in der Verwaltung einsetzen)
- Leerstehende kommunale Gebäude für neue Wohnformen umnutzen (z.B. ehemalige Hofstelle für betreutes Wohnen)
- kommunale oder genossenschaftliche Wohnungen vorhalten (Mietwohnungen): gerade im ländlichen Raum sind Mietwohnungen „Mangelware“, diese werden aber von jungen Singles nachgefragt
- Neue Wohnformen bei gegebener Nachfrage etablieren: Mehrgenerationenwohnen, „Familienhaus“ (Haus mit eigenen Eingängen und eigenen Rückzugsräumen), „Starterhaus“: günstiges Eigentum
- kommunale Förderprogramme auflegen, Public Private Partnerships initiieren
- Modellprojekte verstetigen und in allgemeine Finanzierung überführen

Wohnen in teuren Immobilienmärkten ermöglichen

- Wohnraumprogramme weiter ausbauen
- Genossenschaften unterstützen

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

Attraktives Wohnumfeld / attraktive Ortskerne gestalten

- Barrierefreiheit als Grundsatz bei der Neugestaltung von Quartieren und Neubau von kommunalen Gebäuden konsequent verfolgen
- Begegnungsmöglichkeiten schaffen
- Nahversorgung (Dorfläden, „Lebensmittelpunkte“) gewährleisten
- neue Dienstleistungsstruktur für ältere Menschen anbieten, um im gewohnten Umfeld zu bleiben

Interkommunale Zusammenarbeit bei der Entwicklung von neuen Lösungen im Themenbereich „Wohnen im ländlichen Raum“ anschieben und verstetigen

- Gute Praxis Beispiele zu Zukunftswohnmöglichkeiten erarbeiten und veröffentlichen
- Runde Tische initiieren

Wir leben MITEINANDER! Generationenübergreifende Kontakte werden gesucht und angeboten. Migrantinnen und Migranten sowie Zugezogene sind Teil der dörflichen Gemeinschaft

In den Gemeinden gibt es attraktive Treffpunkte für die lebendige Dorfgemeinschaft. Ehrenamtliche Helfer erhalten von der Gemeinde und von den Bürgern Anerkennung und Unterstützung.

Generationenübergreifende Begegnungsorte schaffen

- „Dorfhäuser“ (Zentren) für alle Generationen →Hohe Förderung auch in kleinen Ortsteilen (ab 100 Einwohner), Generationenhäuser einrichten
- Dorfläden als Begegnungsstätten ausbauen

Diskurs in der Kommune zu einem gegenwärtigen und zukünftigen Miteinander initiieren

- alle Altersgruppen einbinden, insbesondere Jugendliche
- Qualifizierungsmaßnahmen für Engagierte z.B. Einbringen von handwerklichem Knowhow

Jedem Dorf seine schnelle Leitung!

Der Ausbau zeitgemäßer IuK-Infrastrukturen ist auch im ländlichen Raum in gleichwertiger Qualität durchgeführt. Neue Arbeitsplätze haben sich angesiedelt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist verbessert und Telearbeit gehört zum Berufsalltag. Die flächendeckende Breitbandversorgung und die Mobilfunknetzabdeckung sind wichtige harte Standortfaktoren geworden und mitentscheidend bei der Standortwahl von Unternehmen und Wohnortwahl von Menschen. Die Kommunen sind jedoch – angesichts der finanziellen Erfordernisse – überfordert, aus eigener Kraft online zu gehen.

Finanzielle Mittel zum Ausbau des schnellen Netzes erheblich aufstocken, da der kommunale Eigenanteil kaum aufzubringen ist, insbesondere Zuschüsse für Flächengemeinden erheblich anheben

- Förderprogramm für eine flächendeckende Breitbandversorgung anbieten, die eine Umsetzungsbegleitung beinhaltet
- Neue Lösungen zum Breitbandausbau finden (Zwischendienstleister zur Unterstützung und Regulierung der Kommunen finden)

Bei Dorfumbaumaßnahmen Breitbandausbau berücksichtigen, z.B. Leerrohre legen

Kleine Technologieunternehmen fördern, die den Internetausbau auf dem Land kostengünstig ermöglichen

Leitlinie 2: Bildung und Arbeitsplätze – Basis für ein Leben auf dem Land

Ausgangslage

Die ländlichen Räume prägen mit ihren qualifizierten und motivierten Menschen, ihrem kulturellen Reichtum, ihrer mittelständischen Wirtschaftsstruktur sowie ihrer leistungsstarken Land- und Forstwirtschaft Bayern entscheidend mit. Diese vielfältigen Potenziale gilt es auch in der Zukunft durch eine ausgewogene Entwicklung in allen Teilräumen zu nutzen und zu erhalten. Eine durch interkommunale Schwerpunktsetzungen bestimmte Entwicklung mit attraktiven Wirtschafts- und Versorgungskernen ist auch entscheidend für ein gleichrangiges Verhältnis zu den Metropolen und entlastet diese hinsichtlich des Nutzungs- und Bevölkerungsdrucks. Das System der Zentralen Orte ist erhalten und gestärkt.

Zukunftsperspektiven

Bildung neu gedacht

Die dynamischen Veränderungen in der Arbeits- und Lebenswelt erfordern lebenslanges Lernen und führen zu flexiblen Arbeitsbiographien. Den Menschen in den ländlichen Räumen eröffnen sich weiterhin gleichwertige Möglichkeiten zur individuellen persönlichen Entwicklung.

Zusammenarbeit zwischen Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik fordern und fördern

- Kooperationen zwischen den KMUs anstoßen und stärken
- Kooperationen zwischen Schule und Unternehmen gezielt finanziell unterstützen, z.B. AG: Schule und Wirtschaft
- Angebote Schule und Wirtschaft können sich ergänzen
- Interkommunale Zusammenarbeit fokussieren
- Vorhandene Bildungsangebote verknüpfen
- Bestehende Ansätze systematisieren
- Gute Ansätze vorhanden (Arbeitskreis „Schule und Wirtschaft“, Uni Augsburg „Tag der offenen Tür“, IHK Patenschaften): diese gilt es zu verbreiten
- Plattformen zur Vernetzung der Verantwortlichen schaffen
- Organisationsstruktur, die unterschiedliche Partner integriert, erarbeiten und etablieren
- Finanzielle Förderung langfristig sicherstellen (1. Schritt: Initialförderung auf Landesebene, 2. Schritt: selbsttragende Finanzierung finden)
- Verbundprojekte der Kommunen mit der Wirtschaft (Auf den verschiedenen Konferenzen wurde deutlich, dass die Kommunen sich eine stärkere Vernetzung und Aufgabenteilung mit der Wirtschaft wünschen. Dabei geht es zum einen um die Ortsgestaltung und -entwicklung, aber auch um Funktionen und Aufgaben wie die ganztägige Kinderbetreuung, die evtl. stärker durch Unternehmen mit gefördert oder getragen werden könnten. Voraussetzung ist ein funktionierendes Netzwerk der Unternehmen untereinander, für das die Kommune wiederum koordinierende Funktion haben)

Schulen als Bildungsträger und Träger sozialer Belange erhalten

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Entwicklung von Konzepten zu altersgerechtem Lernen und altersübergreifende Schulen entwickeln
- Schulstandorte vor dem Hintergrund von Erreichbarkeit und Qualität entwickeln
- Schulpatenschaften
- Individuelle Schulplanung zulassen
- Duale Ausbildung in der Schule beginnen (u.a. durch Aufzeigen von Möglichkeiten in der Region und neben dem Studium)
- Informationsdefizite bei Gymnasien über Weiterbildung / duale Studiengänge mindern
- Natur- und Umweltkunde als Bildungsziel in den Curricula verankern („Natur“ als wesentliches Merkmal des ländlichen Raums sollte in allen Bildungsbereichen thematisch verankert werden. Ziel ist die Bindung an die Heimatregion über die inhaltliche Bildung und damit die Wertschätzung der regionalen Charakteristika in der Natur. Bereits ab dem Kindergartenalter sollten Kinder an Besonderheiten ihrer Umgebung in Bezug auf Fauna und Flora herangeführt werden. Im Rahmen der schulischen Bildung sollen die grundlegenden wie auch regionsspezifischen Kenntnisse über die umgebende Natur verbindlich vermittelt werden. Konsequenz: Die regional ausgerichtete Natur- und Umwelterziehung müsste dazu im Lehrplan für alle bayerischen Schularten – als eigenes Unterrichtsfach – verpflichtend festgeschrieben werden)

Hochschulen als Entwicklungsmotoren für ländliche Räume fördern

- Regionale Wirtschaft zur Profilierung der Hochschulen nutzen
- Hochschulen als „Kristallisationspunkte“ für Aus- und Weiterbildung stärker in den Fokus rücken
- Beitrag der Hochschulen zu einer gezielten Bindung von Fachkräften verstärken
- Duale Studiengänge weiterhin schaffen
- Dezentrale Hochschulstandorte verstärkt fördern, um Qualifizierungsmöglichkeiten zu bieten

Qualifizierte Ausbildungsberufe und Arbeitsplätze als Säule der regionalen Wirtschaft stärken

- Arbeitsplatzpotenziale innerhalb der Regionen transparent machen und bewerben
- Perspektiven aufzeigen und Orientierungshilfen anbieten
- Bedeutung des Handwerks stärken
 - Handwerk als wichtige Säule stärken und wertschätzen
 - Handwerk als Ausbildungsmöglichkeit verstärkt berücksichtigen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen
- Ausbildungsberufe stärken
- Technische Fachschulen zur Ausbildung schaffen
- Plattform für Unternehmer anbieten, um Probleme darzustellen

Altersspezifische Weiterbildungsangebote schaffen und mit bestehenden Bildungsangeboten koordinieren

- dem wachsenden Bedarf an qualifizierten Bildungsstätten gerecht werden
- Jede Altersgruppe berücksichtigen, insbesondere Weiterbildung für ältere Mitmenschen anbieten
- Dezentrale Standorte schaffen
- Kombination von „offline-“ und „online“-Lernmöglichkeiten schaffen
- Weiterbildungsmöglichkeiten nach Erstausbildung bzw. dualer Ausbildung anbieten
- Koordinierung von Bildungsangeboten

Wirtschaft: flexibel, innovativ, vielfältig – Köpfchen und Klasse statt Masse!

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft regional sehr unterschiedlich. Ländliche Gemeinden im Umfeld der Wachstumszentren profitieren von der hier vorhandenen Wirtschafts- und Innovationskraft. Strukturschwache Gebiete finden dagegen eigene, kreative Wege der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie werden dabei finanziell ausreichend unterstützt.

Moderne Informations- und Kommunikationstechnik als Grundvoraussetzung der regionalen Wirtschaft fördern,

- Bessere Vermittlung / Vernetzung für potenzielle Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Internet aufbauen!
- Home-Office-Lösungen erarbeiten

Schulstandort als Rückgrat der ländlichen Räumen neu und bedarfsorientiert denken

- „Schulpolitik“ weiter denken → Vernetzung von Ausbildung und Studium
- Duale Systeme, durch Studium mehr ermöglichen

Vernetzung von Wissenschaft und Handwerk gezielt anstoßen und verstetigen

- Gegenseitige Vorbehalte abbauen und Transparenz schaffen
- Regionale Hochschulen als Forschungslabore des regionalen Mittelstands etablieren
- Dezentralisierung der Hochschulstandort am Bedarf der regionalen Unternehmen orientiert
- Regionale Bündnisse zwischen Unternehmen, Hochschulen und Kommunen schaffen
- (Hochschulen und Handwerk projektbezogen bündeln und vernetzen)
- Regionale Wertschöpfungsketten erfassen und Potenziale gezielt stärken
- Gründungen von Kompetenzzentren in ländlichen Räumen verstärken
- Akademische Bildung in die Region bringen und in Kompetenzzentren konzentrieren
- Sensibilisierung junger Menschen: „Karriere auch mit Lehre“

Ländliche Räume als attraktiven Arbeitsmarkt hervorheben

- Anreize schaffen für Arbeitsplätze im ländlichen Raum
- Programme zur Existenzgründung von/durch Senioren auflegen
- Sensibilisierung für vorhandene Arbeitsplätze
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen (familienergänzende Einrichtungen)

Arbeit und Menschen im ländlichen Raum zueinander bringen!

Neue Arbeitsplätze entstehen nicht nur in Großstädten und deren Umland. Auch in ländlich-peripheren Gebieten haben junge Menschen die Möglichkeit, attraktive Arbeitsplätze zu finden.

Erwerbspotenziale insbesondere für junge Menschen ermitteln, stärken und vermarkten

- Fachkräftebörse der HWK /IHK in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit bzw. Übergangsmanager bei der IHK für Mittelschulen (Mainfranken)
- Ausbildungsmessen vermehrt durchführen
- Bewerber ohne Stelle nachvermitteln
- Azubis unterstützen
 - Azubi-Shuttlebusse für abseits gelegene Firmen etablieren
 - Leistungsschwächere Azubis durch Coaching begleiten
- Zusammenarbeit Schule – Beruf stärken

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Berufe vor allem in innovativen Berufsfeldern bereits in den Schulen einführen und vorstellen
- Mehr Praktika und Praxisbezug in der Schulausbildung
- Demonstration von „Karrieren und Lebenswegen“ in der Schulausbildung
- Geschlechtsspezifische Aktivitäten ausbauen
 - Technische Berufsbilder für Frauen interessant machen
 - MINT-Berufe für Frauen bewerben
- Kampagnen für Arbeiten im ländlichen Raum
 - „Berufe haben kein Geschlecht“
 - „Rückgewinnung“ von Weggezogenen/Auspendlern
 - Azubis in den Städten „anwerben“

Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf regionaler Ebene ermöglichen

- Arbeitsbedingungen fördern, die Familie, Erziehung, und das Thema Work-Life-Balance berücksichtigen
- Unternehmen an Lösungsansätzen zur Vereinbarkeit von Familien und Beruf gewinnen
 - Finanzielle Beteiligung der Unternehmen an Kinderbetreuung verstärken
 - Bündelung der Betreuungsleistung auch durch Firmen untereinander
- Möglichkeiten der Kinderbetreuung ausweiten
 - Kombinierte Betreuungsleistungen Kita/Tagesmütter anbieten
 - „Ersatz-Oma“ für Kinderbetreuung ermöglichen
 - Ergänzende Modelle → generationsübergreifende Betreuung
 - Ganztagsbetreuungsangebote schaffen

Neue Märkte erschließen

- Erneuerbare Energien erschließen
- Entwicklungsmöglichkeiten für moderne und wettbewerbsfähige land- und forstwirtschaftliche Betriebe bieten
- Tourismus als wichtige Einkommensquelle für Landwirtschaft erschließen
- Land- und Forstwirtschaft und Tourismus gehören zusammen

Regionale Produkte und Qualität verstärkt bewerben

- Regionalvermarktung ausbauen

Image und Rahmenbedingungen der Landwirtschaft gezielt fördern

- Arbeitsplätze der Landwirtschaft lukrativer machen
- Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit
- Förderpolitik neu denken
- Flurneuordnung kann Rahmenbedingungen schaffen wie Wege und Erschließung von Hofstellen oder Neuordnung der Felder
- Flächendeckender Erhalt der Landwirtschaft erforderlich
- Ressourcen schützend und schonend

Ländlicher Tourismus – Freizeitpark oder echte Werte?

In vielen ländlichen Regionen ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ständige Modernisierung und qualitative Verbesserung des touristischen Angebots setzen dieses Potenzial

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

auch weiterhin wirtschaftlich in Wert. Regionale Angebote und vielfältige Kulturlandschaften bringen Wertschätzung und Wertschöpfung.

Naherholung und Tourismus fördern, dabei ökologische und soziale Gesichtspunkte beachten

- Sanften Tourismus ausbauen, dabei auf Regionalspezifika und Kulturlandschaft achten
- Alleinstellungsmerkmale im Tourismus ausbauen und vermarkten (z.B. Mainfranken: 4 W: Wald – Wild – Wein – Wandern)
- Angebote entsprechend Nachfrage und regionalen Gegebenheiten fördern
- Tourismus in seiner gesamten Wertschöpfungskette stärken
- Gezielter Einsatz von Fachkräften, auch um Qualität des Angebots zu erhöhen

Leitlinie 3: Straßen und Wege – Lebensadern im Raum

Ausgangslage

Straßen und Wege sind auch im Zeitalter des Internets Voraussetzung für die Nutzung des wirtschaftlichen Potenzials einer Region. Die Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz und die Verbindungen innerhalb eines Teilraumes entscheiden mit über die Marktchancen von Produkten, über die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen und damit über die Standortqualität. Gerade Jugendliche, junge Familien und Senioren haben hohe Anforderungen an das öffentliche Mobilitätsangebot und die einfache Erreichbarkeit von Dienstleistungseinrichtungen. Gleichzeitig müssen immer weniger Steuerzahler ein weitläufiges Verkehrsnetz unterhalten. Zusammenarbeit über Verwaltungsgrenzen hinweg kann dabei ein Schlüssel zum Erfolg sein.

Speziell das ländliche Wegenetz ist eine wichtige Grundlage sowohl für die Land- und Forstwirtschaft als auch für die Nutzung der Landschaft als Freizeitraum. Seine Erhaltung und Anpassung an veränderte Ansprüche erfordert laufend Investitionen.

Jedoch muss die Ertüchtigung des Wegenetzes unter den Bedingungen einer zunehmenden Bedeutung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit erfolgen. Oberstes Ziel muss die Verkehrsvermeidung sein bzw. eine kollektive Organisation der Mobilität durch den Umweltverbund. Mit dem Ausbau des Umweltverbunds kann auch auf Herausforderungen des demografischen Wandels und insbesondere einer alternden Gesellschaft reagiert werden.

Zukunftsperspektiven

Verkehrswege sichern den Zugang zu Arbeit und Absatzmärkten!

Das Verkehrsaufkommen, insbesondere der motorisierte Individualverkehr, ist gesenkt, indem neue umwelt- und demographiegerechte Mobilitätsformen ausgebaut werden. Der Erhalt und der zielgerichtete, bedarfsgerechte Ausbau des regionalen und örtlichen Verkehrsnetzes und dessen Anbindung an die übergeordneten Verkehrsachsen werden dem noch verbleibenden Verkehrsaufkommen gerecht.

Lösungen für die Belastung durch Lärm und andere Emissionen finden

- Lärmquellen: MIV und landwirtschaftlicher Verkehr → Biogas
- Belastung Schwerlastverkehr aus den Ortskernen rausnehmen
- Emissionen: Hohe Sensibilität
- Lärmschutz ausbauen

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- generell: Bestand ausbauen, Lärmschutz verbessern
- Lärmschutz notwendig ohne Unterscheidung innerorts/ Ortsrand
- Lärmschutz zum Kernthema in Ortsentwicklungskonzepten machen
- Lärm-Reduktion durch Technologieentwicklung
- mit der Straße neu leben lernen → Topografie → Lebensqualität
- E-Mobilität als Chance zur Lärminderung
- Lösungen für mehr Lebensqualität im Bestand
- „Technik in den Dienst des Menschen stellen“ (ING) → technische Möglichkeiten ausnutzen

Mehr Investitionen in den Bestanderhalt: Straßen und Verkehrsinfrastruktur sind teilweise in bedauerndem Zustand

- Mehr Investitionen in Verbesserung des Bestandes
- Staatsstraßen im ländlichen Raum sanieren
- Geplanter Ausbau oft erst nach dem Jahr 2025!
- Sektorale Betrachtung hinderlich: Bund – Land – Kommunen; übergreifendes Konzept erarbeiten und Kooperation in der Ertüchtigung der Straßen vorantreiben
- Sanierung und Neubau von Brücken (z.B. Mainbrücken) vorantreiben
- offene Frage: Wer hat die Kostenlast bei der Entsorgung des Bodens bei Sanierung von Straßen zu tragen? → Abfallwirtschaftsrecht wurde geändert und hat Kosten für Kommunen verursacht

Abstimmung zwischen überörtlichen und lokalen Netzen im öffentlichen Verkehr verbessern

- Knoten der Fernbusse bei den Städten; Verknüpfungen mit den Stadtbuslinien
- Verknüpfung mit weiterer Verkehrsinfrastruktur wie Pendlerparkplätzen: (Fern-)Buslinien-Halt an den Ausfahrten und Pendlerparkplätze schaffen (A3 wird jetzt ausgebaut!)
- Autobahnachsen als ÖPV / ÖPNV-Verbindungen nutzen; Bus-Achse Würzburg-Erlangen-München auf der A3
- Ausbau der Pendler Parkplätze

Ausgleichsregelung als Problem durch Gesetzgeber aufgreifen

- Kauf von Flächen für Ausgleich durch die Städte und Metropolen wird immer weniger rentabel durch Preisanstieg
- Ausgleichsflächen und Förderungen sollten flexibler gehandhabt werden: hier eine Anregung: die Fläche wird durch die Landwirtschaft in einer umweltfreundlichen Weise gepflegt oder genutzt, die Fläche bleibt aber im Eigentum der Landwirte; so erhofft man sich mehr Kooperation und mehr Möglichkeiten
- Interessenkonflikte zwischen Nutzungen → Gesetzgeber gefragt
- Eine Kompensationsverordnung wird gefordert
- Eine weitere Alternative wäre der Aufbau eines Ökokontos, das gemeindeübergreifend funktioniert

Vernetzung schafft Verbindungen – alle Generationen erreichen ihr Ziel!

Die Vorteile der einzelnen Verkehrsträger und ihre intelligente Kombination ermöglichen Menschen neue Möglichkeiten, zu ihrem Ziel zu gelangen und Warenströme zu steuern. Dabei stellt der öffentliche Verkehr flexible Lösungen sicher. Alternativen zum privaten PKW schaffen für die Menschen im ländlichen Raum zusätzliche Lebensqualität und geben den Straßenräumen im Dorf ihre Aufenthaltsqualität zurück.

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

Mobilität vermeiden

- Mobilität vermeiden durch (inter-)kommunales Mobilitätsmanagement,
- Förderung von Heimarbeitsplätzen, Telearbeit, Ausbau der Breitbandversorgung

Flexible und leistungsfähige ÖPNV-Angebote und SPNV vorhalten

- Stadtbus-Systeme auf Umland-Gemeinden ausweiten (finanzielle Anreize)
- einzelne Verkehrsträger intelligent kombinieren (Fernbusse, ÖPNV vor Ort)
- Kleiner Weiler ist keine Großstadt! Ein ÖPNV-Angebot wie in einer Großstadt ist im ländlichen Raum nicht bezahlbar
- Alternative und bedarfsorientierte Angebote: Gemeinde als Initiator, AST / Flexibusse, organisierte Nachbarschaftshilfe
- AST mit Ehrenamt verbinden (dünn besiedelte Räume)
- „Landtaxi“ für Einkäufe, Arztbesuche
- Spezielle Angebote für Einkäufen, Versorgung, Freizeit, Beruf ausbauen
- Barrierefreiheit in der Mobilität gewinnt an Bedeutung
- Angebote für Fahrgemeinschaften, auch auf bürgerschaftlicher Basis, erweitern
- Rad- und Nebenwege für Jugend statt „Taxi-Mama“
- Soziale Netzwerke nutzen (Apps für Mitfahrer)
- Finanzielle Unterstützung flexibler Managementsysteme fehlt, bisher gibt es nur Zuschüsse an die Gemeinde über Schülerbeförderung
- Bürokratische Hürden abbauen
- Demografischer Wandel stellt für den Nahverkehr eine neue Herausforderungen dar
- Für junge Leute bessere Verkehrsmöglichkeiten schaffen, zur Lehrstelle zu kommen
- Bisher werden Angebote oft nicht angenommen: zielgruppenorientierte Kundenansprache ausbauen, Marketing steigern
- Neues Verständnis von Nah- und Fernmobilität erzeugen
- Demografische Entwicklung erfordert Ausdehnung der ÖPNV-Netze
- Querverbindungen stärken (nicht nur Ausrichtung auf Großraum)
- Kleine Bahnhöfe präsentabel erhalten → Bahn unter Zugzwang setzen
- Bahn-Elektrifizierung und Ausbau vorantreiben
- Behindertengerechte Zustiege / ÖPNV und Bahn
- Bessere Vernetzungen unterschiedlicher Verkehrssysteme

Radverkehr fördern

- Fahrrad gewinnt an Bedeutung als Verkehrsträger
- Trend zum E-Fahrrad für ländliche Mobilität nutzen; auch für den Tourismus

Individualverkehr sinnvoll ergänzen;

- Mitfahrmöglichkeit fördert Mobilität
- Car-Sharing für 2. Wagen
- Car-Sharing im ländlichen Raum erhält individuelle Mobilität braucht aber eine gemeindliche Umsetzung, da privatwirtschaftliche Initiativen sich nicht rechnen: auch für die laufende Finanzierung
- Rechtliche Hemmnisse bei Versicherungen abbauen (Mitfahrerschutz)
- Shuttle-Service im Gewerbegebiet

gezielte Siedlungsentwicklung und Standortwahl vorantreiben

- Ortskerne stärken statt Einkäufen am „Rande“

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Flexible Parkplatzmöglichkeiten in Dörfern vorsehen → erhöhten Bedarf durch junge Familien und Pendler berücksichtigen
- Neue integrierte Verkehrskonzepte → Demografie → Verkehrsträger → Netzgestaltung → Intermodal
- Konflikte durch vorausschauende Planung vermeiden: Landwirtschaft – Wohnen; Wohngebiete entlang der Hauptwege in die Flure vermeiden

Sekundärnetze des landwirtschaftlichen Verkehrs differenziert entwickeln und neuen Anforderungen gerecht werden

- Bayernweit einheitliches System zur Finanzierung des landwirtschaftlichen Wegebbaus erarbeiten
- Verkehrsnetze auf notwendigen Standard bringen → Landwirtschaft → Radwege – Tourismus; Lückenschlussprogramm
- Konflikte landwirtschaftlicher Verkehr und MIV vermeiden → Flurneuordnung, Sekundärnetz
- Landwirtschaft wird durch Strukturwandel und Energiewende z. Transportunternehmen Wirtschaftswege zeitnah den neuen Herausforderungen anpassen; Dazu über ALE „Wegeertüchtigungsprogramme“ auflegen (ohne Flurneuordnung)
- Entwicklung eines Wegekonzepts fördern

Kommunen leisten sich ein bedarfsgerechtes Straßen- und Wegenetz und gestalten es nach demografischen und Klimaschutzbezogenen Gesichtspunkten!

Der Wert des Straßen- und Wegenetzes wird von allen erkannt. Interkommunale Wegenetzkonzepte erlauben klare Aussagen über die Notwendigkeit von Baumaßnahmen. Trotz sinkender Einwohnerzahlen sind gezielte Investitionen zum Funktionserhalt und zur Anpassung an neue Herausforderungen möglich.

Interkommunale Konzepte und Lösungsansätze im Wegebau fördern

- Klassifizierung des Wegenetzes überarbeiten → interkommunal
- „Kernwegenetze“ entwickeln und deren Ausbau vorrangig fördern, Kernwegenetz interkommunal
- Haupt- und Nebenwege differenzieren
- Flurbereinigungswege, Interkommunale Finanzierung
- Schwerpunkte schon durch interkommunale übergeordnete Planung
- Ausbaustandard übergemeindlicher Verbindungswege erhöhen
- Übergemeindliche Bauhöfe, Gemeinsamer Fuhrpark für Nutz-Fahrzeuge
- Kooperation Winterdienst-Landkreis-Gemeinde

Bürgerbeteiligung auch bei Wegebau ausbauen

- Größere Landwirtschaftsflächen → Akzeptanz der Bevölkerung wichtig!
- Beteiligung der Bevölkerung und vor allem der Landwirte hinsichtlich des Grundstückserwerbs für einen adäquaten Ausbau wichtig
- Konflikte gibt es bei Grundabtretungen!
- Grundeigentümer einbeziehen
- Netzplanung
- Einziehung von Wegen → Konflikte!

Rückbau landwirtschaftlicher Wege fördern

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Weniger landwirtschaftliche Betriebe, größere Äcker: Flurneuordnung, Wegenetz zu dicht →Wege könnten breiter und weniger werden →Dann wäre ein Rückbau möglich!
- Rekultivierung ist meist unproblematisch
- Rückbau ist Thema! Aufbrechen alter asphaltierter Wege →Schotterdecke
- Erhalt und Sanierung haben erste Priorität
- Investitionen in bestehende Infrastruktur
- Zuschüsse für Rückbau notwendig
- Landwirtschaft
- Konzentration der Siedlungsflächen
- Umwidmung der Durchgangsstraße wegen Umgehungsstraße: für den Rückbau innerorts gibt es keine Mittel
- Die Altlasten der Durchgangsstraße sind unbekannt, liegen aber auf den Schultern der Gemeinden
- Straßenausbaubeiträge und demografischer Wandel → Alterung, Umlage

Wege erschließen die Kulturlandschaft bedarfsgerecht!

Ein Netz ländlicher Wege ermöglicht eine wirtschaftliche Produktion von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energie auf Acker, Grünland und im Wald. Die multifunktionale Nutzung steigert die Lebensqualität und den Wert der Landschaft für die Erholung.

Netz- (Ausbau-)planung auf Mischnutzung einstellen, Vielzahl der Nutzungen richtig bewerten; gesamtes Wegenetz berücksichtigen

- Radwegeausbau und Mischnutzung des Wegenetzes → Wie kann die Finanzierung sichergestellt werden und ablaufen?!
- Weniger aktive Landwirte → geringere gesellschaftliche Akzeptanz für Investitionen in ein landwirtschaftliches Wegenetz
- Mehr asphaltierte Flur- bzw. Radwege - Radfahren attraktiver – Auto stehen lassen!
- E-Bikes nutzen, landwirtschaftliche Wege → Herausforderung Begegnung
- Landwirtschaftliche Wege werden verstärkt als Ausweichstrecken genutzt →Navi-Systeme
- Multifunktionalität der Wege nimmt zu →Landwirtschaft →Individualverkehr (Rad) →Problem der Finanzierung
- Kernwege definieren die bevorzugt unterhalten und ausgebaut werden
- Konzeptentwicklung: Bestandsaufnahme, Bewertung, Neuklassifizierung →neue Schwerpunkte
- Qualität vor Quantität: Weniger kann mehr sein an Straßen und Wegen
- Spurplattenwege als Kompromiss

Finanzierung der Wirtschaftswege erfordert neue Lösungen zwischen Kommunen und Freistaat

- Flurneuordnung notwendig durch immer weniger und immer größere Betriebe
- Beschränkung auf ein gut ausgebautes Hauptwegenetz
- Mit Landwirten gemeinsam an Lösungen arbeiten, Beteiligung ist wichtig
- Neue Anforderungen durch schwerere und größere Fahrzeuge → Ausbau wegen großer landwirtschaftlicher Fahrzeuge →Ausreichende Wegebreite nötig
- Förderung bisher bei 3m asphaltierter Straße +50cm Bankett – bisher geltende Norm
- Norm der 3-Meter Wegbreite muss zumindest für das Hauptwegenetz erweitert werden:
 - auf 3,5 bis 4 Meter Asphalt zuzüglich Bankett bis Breiten inklusive Bankierung von 4,75 m bis 5 m
 - plus Ausbuchtungen für Gegenverkehr auf Strecken, die eingesehen werden können

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Bankette mit Spritzdecke dauerhaft machen – befestigen (Senkung Unterhaltskosten)
- Generell wird unterschieden nach Typ7: Ausgebaut und Typ8: Nicht ausgebaut
- Überarbeitung der Norm läuft und wird für Ende des Jahres in Aussicht gestellt → laufende Planfeststellung müssen an die neue Norm angepasst werden

- Wer soll die neuen ausreichend breiten Flurstraßen für die industrielle Landwirtschaft finanzieren?
- Das bestehende Wegenetz ist alt und in die Jahre gekommen mehr Investitionen und Fördermittel sind für den Erhalt notwendig

- Der Erhalt des heutigen Wegenetzes ist schwierig mit den bestehenden Finanzmitteln der Gemeinden
- Kürzung der Bundes- / Landesmittel → Eigenanteil der Gemeinden stark gestiegen
- Kommunen werden vom Staat beim Wegebau allein gelassen!
- Möglichkeiten der Kommunalen Sonderbaulast nutzen
- Finanzielle Anreize + Förderung ausbauen auch für kommunale Wegenetze
- Finanzierung des Straßen- und Wegenetzes ist Staatsaufgabe – nicht nur Aufgabe der ländlichen Entwicklung

- Förderprogramm Wegebau
- Ganzheitliches Förderkonzept und einheitliche Ansprechpartner sind notwendig
- Guter Ausbau-Standard → weniger Unterhaltsleistungen
- Auch geringere Standards und nicht-asphaltierte Straßen fördern inkl. Grundstückserwerb
- Ein Förderprogramm auch für Eigentümer und Anwohner der Wege wird gefordert
- → neue Förderkonzepte für multifunktionale Kernwege... ressortübergreifend
- Förderdschungel → es braucht Förderung, aber flexible Förderrichtlinien

Kulturlandschaft bedarfsgerecht erschließen

- Wanderwege – „weniger ist mehr“ – dafür gut gekennzeichnet
- Radwegenetz verbessern
- Ausdünnung Wegenetz
- Anzahl öffentlicher Wege reduzieren
- Höhere Ausbauqualität bei übergemeindlichen landwirtschaftlichen Verbindungswegen
- Begleitende Bodenordnung durch Flurneuordnung für weitmaschigeres Wegenetz
- Ruhezeiten erhalten
- Landschaft erhalten
- Jagdgebiete → Ruhezeiten („respektiere deine Grenzen“)

Vorhandene Infrastruktur optimieren; neue Projekte auf den Weg bringen

- Neue Herausforderungen durch Strukturwandel und Modernisierung in der Landwirtschaft aufgreifen
- Wegebau neuen Anforderungen anpassen
 - Landwirtschaftliche Geräte werden immer größer
 - Flurwege der Flurbereinigung vor 30 Jahren halten den 40 t Fahrzeugen der Biogasanlagen nicht mehr Stand!
- Hohe Kosten Unterhaltung vorhandener Straßen und Wege; Finanzierung Wegebau:
 - Kostenverteilung auf mehrere Schultern
 - Erhöhung Grundsteuer A zur Finanzierung der landwirtschaftlichen Wege und Straßen
 - Wegebau auf örtlichen Bedarf ausrichten, gemeinsame Finanzierung
 - Kommunen brauchen staatliche Unterstützung bei Unterhalt der Wege

Mobilität neu denken!

Elektromotoren sind dreimal so effizient wie Verbrennungsmotoren und Strom wird klimaneutral produziert. E-Mobilität und andere Formen nicht fossiler Mobilität sind für den Nahverkehr der Normalfall.

- kommunal koordiniertes Fahrzeug-Sharing und ländliche Mitfahrzentrale
- Neue Technologien nutzen – Anreize und Infrastruktur zum Ausbau der Elektromobilität in ländlichen Räumen schaffen; überindividuelle Lösungen fördern, Car-Sharing-Modelle mit E-Fahrzeugen; Mobilitätskosten senken
- Logistikkonzepte für ländliche Räume erstellen
- Die Landwirtschaft ist regenerativ mobil: 100% des Treibstoffbedarfs der Landwirtschaft durch Pflanzenöl decken, Pflanzenölbesteuerung aufheben
- E-Mobilität zum Pendeln in die Städte vorantreiben

Leitlinie 4: Land schafft Energie

Ausgangslage

Neben Energiesparen und Steigerung der Energieeffizienz bietet eine verstärkte Erzeugung von erneuerbaren Energien in dezentralen Anlagen große Chancen für eine ganzheitliche und nachhaltige Entwicklung vitaler Gemeinden und Dörfer. In der eingeleiteten Energiewende liegt zudem wirtschaftliches Wachstumspotenzial. Es werden Arbeitsplätze in ländlichen Räumen geschaffen und gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende geleistet. Gerade die Nutzung von Biomasse, Erdwärme, Wind- und Sonnenenergie bietet Möglichkeiten, die Wertschöpfung im ländlichen Raum auf eine neue Basis zu stellen. Die regionale Wertschöpfung kann verstärkt werden, wenn Kommunal- und Regionalwerke gegründet werden und diese die Strom- und Gasnetze übernehmen und wenn Anlagen Erneuerbarer Energien in kommunaler und in Bürgerhand sind und diese durch das örtliche Handwerk gewartet und durch regionale Banken finanziert werden.

Zukunftsperspektiven

Klimaschutz beginnt beim Energiesparen!

Der hohe Energieverbrauch und die damit verbundenen Treibhausgasemissionen sind deutlich verringert. Mit bestehenden Ressourcen wird sparsam umgegangen.

Lokale Bündnisse für Klimaschutz, Energiesparen und Steigerung der Energieeffizienz („energetischer Dreisprung“) aus Kommune, Handwerk, Gewerbe und Bürgergruppen initiieren

- Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit systematisch und zielgruppengerecht betreiben, Medienkampagne/Wettbewerbe, Quartiersbezogene und lebensstilbezogene Ansätze

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Unabhängige, neutrale und öffentliche Energieinitialberatung flächendeckend offensiv ausbauen; systematisch, konzeptbasiert, aufsuchend, unabhängige Informationen bereitstellen
- Begleitung bereit stellen von der Erstberatung bis zur Hilfe bei der Umsetzung
- Vorbildfunktion der Kommunen nutzen
- Vielfältige Ansätze und Initiativen fördern und koordinieren
- Einsparpotenziale vor allem bei der Wirtschaft; überbetriebliche Lösungen aktiv anregen
- Gemeinschaftliche Lösungen (Insellösungen) ausbauen und fördern
- Beratung durch Fachzentren der Landwirtschafts-Verwaltung
- Kommunale Förderprogramme auflegen → Pumpenwechsel
- Anbieter qualifizieren für Passivhaus-Standards → Handwerk

Kommunale Instrumente offensiv nutzen (z.B. Planungs- und Vergaberecht, Naturschutzrecht)

- Datenbasis schaffen (Energienutzungspläne, Energiekonzepte...) und nutzen für aktive Umsetzungsstrategie
- Energieleitpläne interkommunal und regional koordinieren
- Bauleitplanung energetisch optimieren
- Bauleitplanung für Neubau offensiv einsetzen → E+ Haus
- Richtlinien zur Beachtung bei Ausschreibung von Baumaßnahmen erlassen
- Sanierungsgebiete ausweisen (vor allem die Quartiere mit hohem Energieverbrauch aus den 1960er und 1970er Jahren)

CO₂-Senken erhalten und ausbauen

- Synergien des Ausbaus Erneuerbarer Energien und des Klimaschutzes mit Tourismus sind möglich → Moorrenaturierung wertet Landschaft auf und stärkt CO₂-Senken
- Landwirtbewirtschaftung zur CO₂-Senke weiterentwickeln

Klimaschutz als kommunale Aufgabe begreifen und Aktivitäten verstetigen, Kommunen begleiten und beraten

- Klimaschutz als integrale Pflichtaufgabe bei den Kommunen verankern und mit entsprechender Finanzausstattung versehen
- Klimaschutz und Klimaschutzmanagement müssen als Aufgabe zur Umsetzung verstetigt werden (bei den Kommunen); → es braucht Kümmerer!
- Fortbildung für Planer und Entscheidungsträger anbieten
- Fortbildungen für Berater anbieten und Beratungsstandards vereinheitlichen
- Sorgen und Nöte der BürgerInnen ernst nehmen

Kommunale Investitionen an Energieeffizienz und Klimaschutz ausrichten

- Förderung von Wärmeverbänden in Ortskernen
- Spezielle Anreize schaffen in der Dorferneuerung für energetische Sanierung

Musterbeispiele/Modelldorf für Energieeinsparung, Effizienz und Klimaschutz fördern

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

Veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen verunsichern → es braucht einen verlässlichen rechtlichen Rahmen für eine Reduktion der Energiebedarfe (z. B. Gebäudesanierung und Wärmedämmung)

Ohne Land geht den Städten die Energie aus!

Im ländlichen Raum wird in dezentralen Strukturen mit Beteiligung der Bevölkerung Energie produziert und Wertschöpfung erzeugt, die in die Städte transportiert wird. Diese Stadt-Land-Partnerschaften haben große Bedeutung und sichern den Städten auch eine nachhaltige Energieversorgung.

Konzeptionelle Grundlagen in den ländlichen Kommunen und Regionen schaffen

- Verträglicher regionaler Energiemix muss geplant werden
- Konzepte und Strategien zur Erschließung Erneuerbarer Energiequellen erstellen: lokal und interkommunal, regional abgestimmt
- Umsetzung der „Fahrpläne“ erfordert institutionelle Kapazitäten, Koordination und Management

Energieerzeugung als neue Chance zur Aufwertung ländlicher Räume nutzen

- Land sichert auch die Energie für das Land → Chance zur Autonomie
- Neue Rolle und Selbstverständnis des ländlichen Raums finden: „Stolz“
- Thema Wertschöpfung stärker betonen! Chance für Kommunen
- Forschung zu Erneuerbaren Energien auf das Land bringen
- Energiepolitische Modellprojekte mit den regionalen Hochschulen entwickeln
- Dezentrale Arbeitsplätze
- Ausweitung der Rohstoffe der Energieerzeugung: Abfallprodukte der Landwirtschaft nutzen (z.B. Stroh, Klärabfälle)

Möglichkeiten zur Nutzung der Windkraft „onshore“ planvoll und vertraglich erschließen

- Windkraft „onshore“ sichern, Windkraft Offshore abschaffen
- Vereinfachung der genehmigungsrechtliche Vorgaben (WEA)

Kooperation zwischen Stadt und Land anregen

- Stadt und Land beim Thema Energie noch zwei Welten, Plattform für Vernetzung und Unterstützung schaffen
- Partnerschaften zum Thema Energie (auch in der Bewusstseinsbildung: wir vom Land zeigen euch, wie wir erneuerbare Energie produzieren, ihr in der Stadt zeigt uns, wie sie effizient eingesetzt wird...)
- Kooperation und faire Partnerschaften mit leistungsfähigen Stadtwerken (Nürnberg, München...) aufbauen
- Energiekonzept, Nutzung der Möglichkeiten von Energieerzeugung in Städten und Betrieben (zum Beispiel vermehrt Photovoltaik an Fassaden), Stadt kann auch Energie liefern (Müllverbrennung – energetische Reststoffverwertung)

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Lösungen für Großverbraucher finden bei Dezentralisierung

Regenerativ statt fossil!

Eine klimafreundliche (emissionsarme und effiziente) Energieproduktion und Versorgung mit regenerativer Energie ist vor Ort realisiert.

Kommunikationskonzept zur Förderung der Akzeptanz der Umstellung auf Erneuerbare Energiequellen erstellen, Bündnisse zur Beschleunigung einer verträglichen Energiewende ins Leben rufen

- Veränderungen entstehen vor Ort; Ehrliche und strategische Vorbereitung auf Veränderungen ist notwendig
- Bündnis für Öffentlichkeitsarbeit PRO Energiewende
- Lokale, regionale Wertschöpfung als wichtiges Element der Energiewende (in der öffentlichen Diskussion stärker betonen)
- Positive Argumente werden zu wenig gehört und transportiert
- Gute Lösungen kommunizieren → Nutzen herausstellen
- Ängste ernst nehmen und aufgreifen: Info, Exkursionen
- Erlebbarkeit von WEA fehlt, Angst vor Veränderungen groß
- Emotionalisierung der Diskussionen zur Energiewende: Neutrale Info fehlt
- Offene Kommunikation zu steigenden Energiekosten erforderlich

Koordination der bestehenden Initiativen, neue Bürgerinitiativen anregen

- Schlagkraft in der Außenwirkung erhöhen, Aktivitäten koordinieren,
- Interkommunale, regionale Plattform für Energiewende vor Ort schaffen
- Gründung von Bürgergenossenschaften begleiten

Konfliktmanagement bei Anlagen Erneuerbarer Energien – regionale Clearingstellen einrichten

- Moderation und Mediation werden wichtiger
- Windkraftnutzung sorgt für Konflikte
- Konflikt zwischen Tourismus und WEA und Anlagen Erneuerbarer Energien (gibt es diesen wirklich? Wie kann er gelöst werden?)

Nachhaltigkeit beachten – Kulissenpläne zur Biomasse-Nutzung erstellen

- Energieholznutzung kaum noch steigerbar
- Problematik der Emissionen bei Biogasanlagen (vor allem bei ortsnahe Anlagenbetrieb)
- Problem der z.T. weiten Transportwege für Material zur Beschickung von Biogasanlagen
- Problematik der Monokulturen
- Maislandschaften sind kontraproduktiv zur Vielfalt der Kulturlandschaft! Fehler in den Förderrichtlinien!
- Biogas: Alternativen zu Mais entwickeln
- Konkurrenz Biogas – Nahrungsmittelproduktion muss differenziert gesehen werden (und sachlich vermittelt werden)
- Biogas: Konzept für nachhaltige Nutzung nötig (↑gesellschaftliche Akzeptanz von Biogas verbessern)

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Privatwald besser zur Nutzung Erneuerbarer Energie erschließen / nutzen
- Landschaftsverbrauch Biogas-Produktion → versachlichen, Information

Förderliche und verlässliche Rahmenbedingungen sind notwendig!

- Regulierung: 2000m-Abstandsregelung bei WEA ist „Killer“
- Regionalplanung vs. neue Abstandsregelung !?!? Zukunft der Windkraft?
- Investitionssicherheit schaffen! Sensibel bei Bürgerbeteiligung
- Hinderliche Vorschriften überarbeiten (z. B. Kommunalwirtschaft)!
- Kosten der Energiewende auf alle Stromabnehmer gleichmäßig verteilen (insbesondere auch stromintensive Industrien) – Umlage /kWh

Partizipation ausbauen

- Bürger besser einbinden
- Energiegenossenschaften und Bürgerbeteiligung offensiv fördern → Akzeptanz
- Bei den neu zu planenden „Strom-Autobahnen“ Eigentümer intensiv beteiligen; fortlaufende Entschädigung statt einmalige

Instrumente der Dorferneuerung für Energiewende nutzen

- Nahwärmenetze (Leitungen) bei Dorferneuerung
- Abwärme aus Stromerzeugung effektiv nutzen
- Anreize für gewerbliche Nahwärmenetze schaffen
- Mobilisierung ungenutzter Gewerbeflächen als Potenzial (für die Nutzung mit PV-Freiflächenanlagen → Genossenschaften (als geeignete Betreiberform)

Förderung modifizieren, Anreize und Erleichterungen schaffen

- Photovoltaik-Dachanlagen für Eigenverbrauch höher fördern
- Keine Ausgleichsflächen für Erneuerbare-Energien-Anlagen

Institutionelle Verankerung der Energiewende straffen

- Bessere Koordination Kommune – Regionalplanung – Landkreis ...
- Kompetenzen zur Energiewende konzentrieren
- Koordination der Förderlandschaft
- Ministerium ländlichen Raum

Wirtschaft und Gewerbegebiete in die Energiewende einbeziehen

- Entwicklung von Nutzungsmöglichkeiten der Wärme aus Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung, etwa durch gezielte Gewerbeansiedlung von Gewerben mit hohem Wärmebedarf (z.B. Gärtnereien)
- Kooperation der Landwirte im Bereich Energie fördern: Erzeugergemeinschaften
- Dächer von Logistik-Unternehmen für PV nutzen

Energiewende und Dezentralisierung zur Stärkung von Technologieentwicklung, Forschung und Entwicklung im ländlichen Raum nutzen – qualifizierte Arbeitsplätze schaffen

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Forschung zu Speichern, Akkus, Power to gas →regionale Unis

Organische Substanzen (Abfall) nutzen

Dezentrale Anlagen und Netze versorgen die Menschen zuverlässig mit Energie!

Eine nachhaltige und leistungsfähige Energieinfrastruktur ist durch dezentrale Lösungen gewährleistet. Intensive Kommunikation zwischen den Bürgern und Kommunen führt zu akzeptierten regionalen Lösungen.

Dezentralisierung der Energiewirtschaft fördern, Voraussetzungen für eine Regionalisierung der Wertschöpfung verbessern

- Keine Großkonzerne; ortsnahe Versorgung
- Regenerative Energien und Einsparen geben Möglichkeit autonomer Versorgungsstrukturen ohne Konzerne und Netze (dezentrale Energieerzeugung und -versorgung)
- Dezentralisierung der Versorgungsstruktur ist attraktiv für Akzeptanz
- Energiemix für dezentrale Lösungen wichtig → Risiko minimieren, (regionale) Wertschöpfung steigern
- Rahmenbedingungen für Kommunen verbessern
- Mehr Entscheidungsspielräume für die Kommunen
- Vertrauensvorschuss von Kommunen und Stadtwerken nicht zerstören
- Wege zur Rekommunalisierung erleichtern und unterstützen
- Direktvermarktung erleichtern → Akzeptanz (steigt) → Preis (entscheidendes Kriterium)
- HGÜ-Ausbau vermeiden durch regionale Lösungen
- Eigennutzungsmodelle fördern und ermöglichen
- Stärkung der Kommunalen Planungshoheit
- Überregionale Einbindung der Energiewende; (vollständige) Abkoppelung unrealistisch →Vernetzung und Netzausbau wichtig (regionale Verbünde und redundante Systeme)
- Vernetzung von Gemeinden
- Beratungsangebote zur Rekommunalisierung des Stromnetzes schaffen
- Bessere Unterstützung kleiner Kommunen (bei der Planung von Erneuerbare-Energien-Anlagen)
- Regionale Vermarktung von Energie organisieren
- Regionale Selbstorganisation unterstützen

Wirtschaftlich Beteiligung der Bürger an der Energiewende ausbauen

- Energie in Bürgerhand fördern kommunal, dezentral
- Bürgerbeteiligung finanziell erfolgreich → Folge: Akzeptanz ist hoch
- Wohnortnahe Lösungen sind attraktiv (Direktvermarktung zur Eigenversorgung, Autonomie)
- Photovoltaik wieder in die Fläche öffnen (nicht nur auf Konversionsflächen); Kommunen regeln Umfang verantwortlich selbst
- Einsatz bestehender Dienstleistungsstrukturen und Selbsthilfeeinrichtungen (z.B. Maschinenringe)

Technische Infrastruktur im ländlichen Raum schaffen

- Energiespeicher dezentral ausbauen

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Energiespeicherung fördern/entwickeln, Speichermöglichkeiten vorantreiben, Speicherkapazitäten lokal erzeugter Energie schaffen und ausbauen, regional vernetzen
- Regionale Energieerzeugung → regionale Kooperation und Koordination in der Energieversorgung
- Netzausbau im unteren Spannungsbereich fördern
- Technische Voraussetzungen für zukünftige Industrieansiedlung im ländlichen Raum schaffen (Speicher, smart grids, Netzsteuerung); Modellprojekte fördern
- Pilotprojekte zur Speicherung in ländlichen Kommunen
- Mehr Pumpspeicherwerke
- Zulassung von Windkraftnutzung in Naturparks erlauben

Autonome Insellösungen mit Erneuerbaren Energien (Erzeugung, Steuerung, Speicherung) sichern Energieversorgung bei schrumpfender Bevölkerung

- Weiler- und hausbezogene Lösungen gewinnen an Bedeutung
- Möglichst optimale Insellösungen, dezentrale Versorgung, auch um gigantische Hochspannungstrassen von der Anzahl her zu minimieren

Leitlinie 5: Heimat erhalten und gestalten

Ausgangslage

Die ländlichen Räume mit ihrer strukturellen und naturräumlichen Vielfalt sowie ihrem reichen natürlichen und kulturellen Erbe sind Heimat für rund 60 % der Bevölkerung. Mit lebenswerten Dörfern, regionstypischen Landschaften und einer lebendigen Sozialkultur bieten sie wichtige Standortfaktoren und touristische Potenziale. Allerdings werden Globalisierung und vielschichtige Veränderungsprozesse die Entwicklung der Regionen unterschiedlich beeinflussen.

Zukunftsperspektiven

Vielfalt erhalten, Zukunft gestalten

Stadt und Land sind keine Konkurrenten, sondern Partner. Ländliche Räume bieten gerade in Zeiten der Globalisierung zunehmend wichtige Qualitäten wie Nähe, Tradition und Heimat.

Gemeinsame Visionen ermöglichen: Entwicklungsperspektiven und -strategien zusammen mit den Bürgern entwickeln

- Möglichkeiten analysieren (endogene Potenziale erkennen) und Eigeninitiative stärken
- auch konfliktreiche und strittige Themen integrieren: „Schrumpfsplan“ für Gemeinden erarbeiten
- interkommunale Projekte entwickeln

Öffentlichkeitsarbeit für den ländlichen Raum betreiben

- Werbung für die Vorzüge des Lebens im „ländlichen Raum“

Ausgeglichene Entwicklung von ländlichen und Ballungsräumen forcieren

- „Richtigen Maßstab“ für ländliche Regionen vor Hintergrund einer globalisierten Kultur und Landwirtschaft finden und diskutieren, kein Wachstum um jeden Preis!

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Vitale Dörfer können nur erhalten werden, wenn die Ballungsräume nicht ungehindert weiter wachsen!
- Zentralisierung entgegenwirken und Funktionen wie Nahversorgung, Energieversorgung auch in ländlichen Siedlungen erhalten → dichtes System zentraler Orte in ländlichen Räumen erhalten, um Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge sicherzustellen
- „Arbeit“ im Dorf erhalten (vor allem landwirtschaftliche Produktion), um nicht „Schlaforte“ zu generieren (Problematik: Lärm, Geruch), Arbeit vor Ort auch als Voraussetzung für ehrenamtliches Engagement
- Der ländliche Raum kann nur erhalten werden, wenn ausreichend Arbeitskräfte vorhanden sind – daher darf die Förderung nicht nur in Ballungsräumen und Gewerbe- und Industriegebieten entlang der Autobahnen erfolgen!
- Förderung der ländlichen Räume gegenüber der der Ballungsräume anpassen (nicht einseitige Stärkung der Starken)

Finanzielle Förderung der Dorfentwicklung verbessern

- ALE-Mittel nicht kürzen, sondern ausbauen, um beispielsweise Aufbau von Dorfhäusern weiterhin gezielt unterstützen zu können
- ALE- und Förderprogramme wie z.B. Leader besser koordinieren
- Dorfentwicklung auch nach Dorferneuerungsmaßnahmen weiter fördern
- Steuergesetzgebung ändern (Gewerbsteuer)

Zielgruppenspezifische Angebote schaffen

- Bessere Kommunikation der bestehenden Angebote
- (Vereins-)Angebote besser an Bedürfnisse anpassen
- Zielgruppenspezifische Erlebnismöglichkeiten schaffen
- Altersgerechte Freizeitangebote schaffen
- Angebote für Tafeln und Asylsuchende

Attraktive und individuelle Lebensräume erhalten

- Defizite bei der medizinischen Versorgung beseitigen
- Schulen erhalten
- ÖPNV ausbauen
- kleinteilige Strukturen erhalten
- Arbeitsplätze schaffen
- Breitbandversorgung sicherstellen
- Nutzung von Infrastrukturen dem Bedarf anpassen
- Nahversorgung, z.B. gemeinschaftlicher Dorfladen, gewährleisten
- große Vielfalt an Lebensgestaltungen im ländlichen Raum: gute Wohnqualität
- vielfältige und naturnahe Freizeitmöglichkeiten, ein aktives Vereinsleben
- gesundes Miteinander von Natur- und Kulturlandschaft

Kultur auf dem Land – heimatverbunden und weltoffen!

Aktiv gelebtes Brauchtum und Traditionen, verbunden mit Offenheit für neue Kulturangebote machen ländliche Regionen zu attraktiven Wohn- und Lebensräumen. Sie schaffen regionale Identität und stärken den Gemeinschaftsgeist.

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

Probleme bei der Integration neuer Bevölkerungsgruppen erkennen (und beseitigen)

- Problem der unterschiedlichen Kultur und Wahrnehmung bei Zuzug aus städtischen Bereichen
- Problem der Integration von Neubürgern aus anderen Kulturkreisen mit einem anderen Kulturverständnis
- Heimatverbundenheit für junge Familien oft nicht möglich, häufig aufgrund berufsbedingter Ortswechsel
- hohe Auspendleranteile bedingen mangelnde Eigeninitiative der Bürger

Identität bewahren, Brauchtum erhalten

- Dorfwettbewerbe stärken
- Aktive Bewusstseinsbildung, insbesondere für die Jugend betreiben – nicht so sehr auf Traditionen beharren!
- Informationen zu lokalen Traditionen und Brauchtum über eine „Heimat-App“
- Heimatkundeunterricht stärken als ganzheitliche Heimat- und Umwelterziehung, die auf regionale Besonderheiten ausgerichtet ist

Willkommens-Kultur aufbauen, Offenheit für Neubürger zeigen und leben

- Informationen und Services zur Vermittlung der örtlichen Gegebenheiten an neu Zugezogene (zum Beispiel über Patenschaften für neue Bürger, Neubürgerstammtisch)
- Angebote für neue Lebensstile schaffen
- Herkunftskulturen pflegen und weitervermitteln, um Ängste vor dem Fremden abzubauen (z.B. durch „länderspezifische“ Veranstaltungen mit Neubürgern, bei denen Zugezogene aus anderen Ländern einen informativen Abend zu Geschichte, Kultur, Kulinarik etc. ihres Ursprungslandes gestalten)

Vielfalt fördern, Integration erleichtern

- Pluralität der Lebensstile berücksichtigen
- Willkommenskultur schaffen
- Einbindung der Neubürger in die Dorfgemeinschaft erleichtern (und dadurch Konfliktpotenziale vermeiden), zum Beispiel über Vereine oder Kirche
- Engagement der Neubürger fördern
- Integration sozial schwächerer Bürger

Schutz durch Nutzung statt Schutz vor Nutzung!

Die weltweit steigende Nachfrage nach Agrarrohstoffen und erneuerbaren Energien führt zu einer neuen Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft. Sie bildet eine starke wirtschaftliche Säule im ländlichen Raum. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe erzeugen Nahrungsmittel, Rohstoffe und Energie. Die Land- und Forstwirtschaft agiert dabei nachhaltig: Ökologische und soziale Gesichtspunkte werden gleichwertig zu wirtschaftlichen Interessen beachtet. Kreislaufwirtschaft hält die Betriebe leistungsfähig und schont Ressourcen. Nachhaltige Nutzungsformen erhalten artenreiche Kulturlandschaften.

Äcker und Wälder wirtschaftlich und ressourcenschonend nutzen

- Bedarfsorientierte und ökologische Nutzung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen steuern: Bedarfsanalyse und Erfassung der örtlichen Potenziale notwendig; Diskussion darüber einleiten, ob politische Vorgaben zur Bewirtschaftung von Äckern und Wäldern sinnvoll sind

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Monokulturen vermeiden

Allmendewirtschaft erhalten, gemeinschaftliche Land- und Waldnutzung dauerhaft sichern und fördern

- Bewusstsein für die Bedeutung der Allmendewirtschaft schaffen
- Modellprojekte verwirklichen und vermarkten

Das Image der Landwirtschaft verbessern, der Entfremdung von der Landwirtschaft entgegenwirken

- Landwirtschaft als Landschaftspfleger vermarkten (und damit gleichzeitig Bewusstsein für die Kulturlandschaft und den Kulturlandschaftswandel schaffen)
- Öffentlichkeitsarbeit der Biogasanlagen-Betreiber verstärken
- Akzeptanz durch Dezentralisierung der landwirtschaftlichen Strukturen fördern

Regionale Baukultur fördern und Monotonie der Neubaugebiete entgegenwirken

- Gestaltung neuer Baugebiete stärker an spezifischer Situation vor Ort orientieren
- planungsrechtliche Instrumente zur Steuerung nutzen (z.B. Gestaltungssatzungen)
- Beratungsangebote durch Kommunen oder externe Büros schaffen
- Anreize für den Erhalt der regionalen Baukultur in Neubaugebieten schaffen

Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft verbessern

- Vermarktung regionaler Produkte (ggf. unter einer Dachmarke) verstärken
- Erhaltung und Stärkung des örtlichen Handwerks (Bäcker, Metzger usw.), um regionale Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen

Klimawandel verändert unsere Heimat!

Wasserwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft sowie ländlicher Tourismus kommen mit veränderten Klimabedingungen zurecht.

Hochwasservorbeugende Maßnahmen und Hochwasserschutz verbessern

- Hochwasser(schutz) bei Dorferneuerung berücksichtigen; Hochwasserschutz als eigenständiges Thema, da nicht nur auf „Technik“ verengt werden darf
- Hochwasservorbeugung durch ökologischen Gewässerausbau
- Erhaltung natürlicher Flussläufe und Renaturierung („unberührte“ Naturräume sind auch für Tourismus wichtig, d.h. Hochwasserschutz kann positive Wirkung auf touristische Attraktivität haben)
- Hochwasservorbeugung durch standortgerechte Nutzung (Standortanalysen erarbeiten zu der Frage, welche Nutzung wo verträglich ist)
- Flächen von Freistaat und Kirchen für Hochwasserschutz als Rückhalteflächen nutzen
- Verringerung der Flächenversiegelung
- Regenwasserversickerung bei einzelnen Anwesen
- Regenrückhaltebecken

Flächen klimaverträglich bewirtschaften

- Nutzungskonzepte schaffen

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Landschaftspflegeverband

Trinkwasserschutz ausbauen

- Trinkwassereinsparung
- Ausbau von Speichermöglichkeiten
- Sanierung von Wasserversorgungsanlagen
- wassersparende Geräte und Armaturen
- andere Quellen der Trinkwasserversorgung erschließen: „Fernwasser“, interkommunale Lösungen
- Schutz vor Eintrag schädlicher Substanzen

Aktive Bürger – nicht Schlafdörfer!

Tragfähige Entwicklungsprozesse in ländlichen Räumen leben von Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Bürger. Ehrenamtliches Engagement und aktive Beteiligung sind das Rückgrat vieler Funktionen und Aufgaben im ländlichen Raum.

Hürden für ehrenamtliches Engagement erkennen

- Orte der Kommunikation sind weggefallen
- gesellschaftliche Rahmenbedingungen ändern sich: Motivierte Bürger sind teilweise überbelastet, keine Motivation übrig
 - Auspendler
 - Berufstätigkeit von Frauen
 - Jugend steht unter Leistungs- und Zeitdruck und kann sich nicht mehr wie früher engagieren
- durch den demografischen Wandel fehlt der Nachwuchs

Strukturen des Ehrenamts ändern

- Diskussion darüber, wie ehrenamtliche Strukturen aussehen sollen
- Flexibilisierung bei Positionen mit Verantwortung
- projektbezogene Arbeit

Ehrenamtliches Engagement stärken, jedoch darf das Ehrenamt nicht zum Ausfallbürgen beim Wegfall sozialer Leistungen / kommunaler Daseinsvorsorge werden

- Überblick über die Struktur und Nachfrage des Ehrenamts verschaffen (Wirkungsbereiche Ehrenamtlicher, Anzahl, Altersstruktur, wer fragt welche ehrenamtliche Leistung nach)
- Wenn kein Ehrenamt vorhanden ist, wichtige soziale Leistungen soweit wie möglich kommunal vorhalten
- Langfristiges Engagement fördern und stärken; Projektbezogenes Engagement als Alternative / Einstieg
- Konzept für ehrenamtliches Engagement erarbeiten
- Neue Lösungswege und neue Engagementformen entwickeln; Bausteine sind:
 - „Rüstige Jungrentner“ aktivieren für Ehrenamt
 - Jugend stärker in die Gemeindeentwicklung einbeziehen, Jugendkultur fördern
 - Ehrenamt absichern (Versicherung)

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Anerkennungsstrukturen schaffen (Tag des Ehrenamts, Auszeichnungen, Ehrenamtskarte)
- Unterschiedliche Interessen zulassen und einbeziehen
- Gezielte, motivierende Ansprache durch Führungspersönlichkeiten und Multiplikatoren
- Entbürokratisierung des Ehrenamts
- Unterstützung und Anreize schaffen:
 - Ehrenamt und Professionalität vernetzen
 - Qualifizierungsmaßnahmen für Engagierte z.B. Einbringen von handwerklichem Knowhow
 - Finanzielle Anreize für Funktionsträger schaffen
 - Kommunale Unterstützung für Materialausstattung der Vereine geben
 - Kommunale Unterstützung für Öffentlichkeitsarbeit der Vereine
- Maßnahmen zur kurzfristigen Umsetzung mit sichtbaren Erfolgen als Motivation (bedarf Eingliederung in übergeordnete Strategie)
- Beratung zum Aufbau ehrenamtlicher Strukturen, Beratungs- und Koordinationsstelle auf Landkreis- oder Bezirksebene

Neue Formen des Engagements erschließen und verstetigen

- Schaffung einer Freiwilligen-Börse
- Schaffung einer kommunalen Leitstelle für Nachbarschaftshilfe
- Jugend-Zukunftswerkstatt, Jugendcamp mit Ideen-Workshop (Veranstaltung wie die Regionalkonferenz auch mit Jugendlichen)
- Führungspotenziale von Ruheständlern erschließen

Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement verbessern

- Wertschätzung gesellschaftlichen Engagements erhöhen
- Steuerrecht für Vereine vereinfachen
- Wirtshäuser und Kirchen stehen nicht mehr wie früher im Mittelpunkt des Lebens und verlieren als Orte der Kommunikation und Integration an Bedeutung → Alternativen schaffen, Begegnungsmöglichkeiten erhalten, z.B. Kindergärten als Treffpunkt für Eltern („Eltern-Café“ im Kindergarten oder in der Schule)
- Aufwertung der Dorfmittelpunkte (öffentlicher Raum als Kommunikationsraum)

Zielgruppenspezifische und zielgruppenübergreifende Angebote schaffen und so alle gesellschaftlichen Gruppen einbinden

- Angebote für Senioren verbessern, z. B. Stammtische, Tagespflege, einzelne Aktivitäten wie Ausflüge, Tanzcafé
- Jugendlichen Möglichkeiten eröffnen, eigene Ideen umzusetzen
- Projekte, bei denen Jung und Alt gemeinsam agieren (z. B. Dorffeste, Einzelmaßnahmen)

Kooperation statt Konkurrenz

- Kooperationen zwischen Vereinen und von Vereinen mit anderen Einrichtungen (zum Beispiel Schulen)
- interkommunale Zusammenlegung von Vereinen prüfen
- Stärkung der Ökumene

Leitlinie 6: Flächen sparen und Ortskerne entwickeln

Ausgangslage

Der hohe Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist ein gravierendes Problem auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. Andererseits bleiben leerfallende Gebäude in den Ortskernen oft ungenutzt. Böden sind unverzichtbare Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen mit vielfältigen Nutzungs-, Schutz- und Lebensraumfunktionen. Da das Angebot an Fläche begrenzt und nicht vermehrbar ist, stehen die verschiedenen Nutzungsformen untereinander in Konkurrenz. Eine deutlich reduzierte Flächeninanspruchnahme ist für eine dauerhafte, effiziente und verantwortungsvolle Ressourcennutzung unabdingbar. Gleichzeitig konkurrieren Kommunen um Menschen und Betriebe durch Ausweisung neuer Bau- und Gewerbeflächen.

Übergeordnete Ansätze und Maßnahmen zum Flächensparen und zur Innenentwicklung / politische Forderungen

- Steuer- und Abgabensystem modifizieren, so dass deutliche Anreize zur Reduzierung des Flächenverbrauchs geschaffen werden; auf den Konferenzen wurden folgende Aspekte vorgeschlagen, die geprüft werden müssen:
 - Änderung der Gewerbesteuer, um Konkurrenzkampf der Gemeinden zu minimieren
 - Einführung einer Zwangsabgabe für Gebäudeleerstand
 - Einführung von steuerlichen Anreizen für Innenentwicklungsmaßnahmen (z.B. steuerliche Berücksichtigung bei energetischen Sanierungsmaßnahmen in älteren Baugebieten im Ortskern)
- Gesetzlicher Grundlagen wie bspw. BauGB, BauNVO, Grundstücksverkehrsgesetz auf ihre weitergehenden Möglichkeiten zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme prüfen; auf den Konferenzen wurde Handlungsbedarf in folgenden Bereichen identifiziert:
 - Kommunen Zugriff auf leerstehende Gebäude im Innenbereich ermöglichen
 - gesetzlich „vorprogrammierte“ Nutzungskonflikte z.B. Landwirtschaft – Wohnen, Gewerbe – Wohnen minimieren
 - Ausgleichsflächenregelung überarbeiten;
 - Umgang mit naturschutzrechtlicher Kompensation von Siedlungs- und Verkehrsflächen
 - „Bauernland in Bauernhand“: über Grundstücksverkehrsgesetz den Erwerb landwirtschaftlicher Nutzflächen besser steuern

Ausreichende finanzielle Förderungen für ein konsequentes Flächensparen und für eine erfolgreiche Innenentwicklung auflegen; Möglichkeiten prüfen, bestehende Fördermittelstränge zu bündeln

- Finanzielle Unterstützung für Kommunen ausweiten / neue Instrumente auflegen
 - beim Erwerb und Umnutzung von Leerständen und Schrottimmobilien
 - Erwerb von Hofstellen
 - Abbruch
 - Förderung „Jung kauft Alt“

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Förderprogramm auflegen für Kommunen, die auf eine Ausweisung von Flächen im Außenbereich verzichten
 - ➔ Finanzmittel für kommunale Fonds zur Innenentwicklung (Grundstücks- und Gebäudekauf, Zuschüsse für Sanierungen von Gebäudebestand im Ortskern)
- Bewirtschaftungsprämien für Bodenschutz
- Finanzielle Förderung der Kommunen an interkommunale Zusammenarbeit knüpfen

Beratungsdienstleistung zum Thema Flächensparen und Innenentwicklung bei den Ämtern für Ländliche Entwicklung ausbauen

- qualifiziertes Personal einstellen bzw. externe Dienstleister für Schulungen des eigenen Personalstamms gewinnen

Zukunftsperspektiven

Entwicklung kommt von innen!

Wir richten unsere Siedlungsentwicklung am Bestand aus. Dazu nutzen wir die Möglichkeiten der Innenentwicklung wie Verdichtung und Berücksichtigung von Baulücken und Baulandreserven. Auch führen wir Brach- und Altlastenflächen neuen Nutzungen zu. Wir reduzieren unsere Inanspruchnahme von Boden für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen konsequent. Durch den Vorrang der Innenentwicklung und durch eine Aufwertung von Siedlungsflächen wird der Außenbereich mit seinen wertvollen Freiräumen und Kulturlandschaften geschont.

Um Flächen zu sparen und den Grundsatz von „Innen- vor Außenentwicklung“ zu verwirklichen, sind folgende drei Schritte zu verfolgen:

1. Transparenz schaffen: Datengrundlagen auf kommunaler Ebene kleinräumig aufbereiten (Bevölkerungsstand, zukünftige Bevölkerungsentwicklung, Wohnungsbestand, heutige und zukünftige Nutzung, Leerstand, Grundstückswerte im Innenbereich, (Erschließungs-)Kosten für Neubaugebiete im Außenbereich) und Schlussfolgerungen für die kommunale Entwicklung ziehen; Datengrundlagen auf regionaler Ebene aufbereiten
2. Aufklärung anbieten: Bevölkerung und Wirtschaft Datengrundlagen und Schlussfolgerungen für die kommunale Entwicklung vorstellen, rechtliche Grundlagen und Handlungsspielräume erörtern, Sensibilisieren für Flächensparen und Innenentwicklung
3. Kooperationen nutzen: Zusammenarbeit mit anderen Nachbargemeinden (interkommunale Entwicklungskonzepte und (Bauleit-)Planung); an einem Strang gegenüber Investoren ziehen

Zusammenarbeit über die verschiedenen staatlichen Ebenen zum Thema Flächensparen intensivieren und gemeinsame Standpunkte entwickeln und diese konsequent umsetzen

- Kooperationsforen der Entscheidungsträger auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen bilden
 - Kommunen, Landkreis, Planungsverband und Bezirksregierung, Denkmalschutz, etc. einbeziehen und eine gemeinsame abgestimmte Vorgehensweise entwickeln
 - Vertreter/-innen der Denkmalschutzbehörden zu einem Dialog einladen und eine abgestimmte Vorgehensweise mit dem Ziel einer stärkeren Berücksichtigung von Strategien des Flächensparens und der Innenentwicklung im Verwaltungshandeln
 - Erfahrungsaustausch auf interkommunaler Ebene initiieren

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

Interkommunale Zusammenarbeit beim Thema Flächensparen intensivieren und gemeinsame Standpunkte entwickeln und diese konsequent umsetzen

- Rechtliche Instrumente für Flächensparen auf interkommunaler Ebene nutzen (z.B. gemeinsamer Flächennutzungsplan)
- Gewerbegebiete interkommunal planen und umsetzen
- finanzielle Ausgleichsmechanismen für Kommunen, die auf die Ausweisung eines Gewerbegebiets verzichten, regional erarbeiten
- regionale und interkommunale Konzepte für Einzelhandelsansiedlungen
- Kommunen (insbesondere kleine) durch Fachexpertise unterstützen
- Leitfaden zu den rechtlichen Rahmenbedingungen erstellen (Stichwörter: z.B. ist Bauzwang im B-Plan innerorts möglich?, Bebaubarkeit durch Bodenordnung? Artikel 14 Grundgesetz: Sozialpflichtigkeit des Eigentums, Ausweisung von neuen Baugebieten nur wenn innerörtlich kein Potenzial mehr vorhanden ist?, fehlende rechtliche Handhabe für GS-Zugriff?)
- Beratung (Rechtsberatung, Öffentlichkeitsarbeit, Verfahrensfragen, Mediation im Konfliktfall) für die Kommunen vorhalten

Kommunale Handlungsmöglichkeiten gezielt und offensiv ausnutzen

- Aktionsplan / Entwicklungskonzept erarbeiten und umsetzen (Bestandsaufnahme Leerstand / Leerstandskataster, Flächenmanagementsystem, Erhebung demografischer Kennziffern, Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung, Identifikation von Quartieren mit Nachverdichtungspotenzialen, Erarbeitung von Handlungsschwerpunkten); Aktionsplan / Entwicklungskonzept mit externen Partnern erarbeiten
- Konsequent Spielräume des Bauplanungs- und Bauordnungsrechts nutzen (z.B. isolierte Befreiungen (B-Plan), Einzelhandel in Gewerbegebieten ausschließen, Bebauungspläne zur Sicherung zentraler Versorgungsbereiche)
- Entwicklungsbemühungen auf den Altort / Kernort konzentrieren
- konsequente Nachverdichtung in den Quartieren aus den 1950er, 1960er und 1970er Jahren bei gleichzeitiger energetischen Sanierung des Bestands; Sanierungsbetreuung / Sanierungsmanagement einführen
- Gezieltes Flächen- und Gebäudemanagement im Innenbereich für junge Familien
- (innerörtlicher) Grundstückserwerb durch die Kommune, so können bauliche Gestaltungsmöglichkeiten genutzt werden, z.B. Einheimischenmodell für Bau innerorts auflegen, Preisnachlässe bei Wiederverkauf
- Leerstandsmanagement konsequent betreiben:
 - Leerstände erfassen und Leerstandskataster erarbeiten (auf Regierungsbezirksebene gebündelt darstellen)
 - Entwicklungskonzept für Leerstand erarbeiten, z.B. Leerstände kommunaler Nutzung zuführen: Kinderbetreuung, Seniorenarbeit, Gesundheitsversorgung
 - Erwerb und Nutzungsänderungen zulassen: z.B. Umwandlung von Ladenleerständen in Wohnungen; Umnutzung leerstehender Landwirtschaftsgebäude
 - (finanzielle) Anreize für Umwidmung bestandsgeschützter Gebäude schaffen, Gebäudeabbruch etc. schaffen, Planungszuschüsse für Bauwillige / Sanierungswillige
- Flächen- und Wohnraumbörse einführen
- Flächen künstlich verknappen (über Ankauf von Flächen)
- mutig neue und unkonventionelle Wege gehen (Bauland wieder in landwirtschaftliche Fläche verwandeln; Flächenzertifikate)

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Gemeindemitarbeiter schulen

Kommunikationskonzept zur Förderung der Akzeptanz der Innenentwicklung erstellen

- Für die Vorteile der Innenentwicklung alle Akteure in der Kommune sensibilisieren und Bewusstsein bilden:
 - Entscheidungsträger sensibilisieren
 - Maßnahmen: Kampagnen, Runde Tische, Arbeitskreise; bilaterale Gespräche, Internetauftritt
 - zielgruppenspezifische Ansprache zur Akzeptanz der Innenentwicklung erarbeiten dabei auch unterschiedliche und fest verankerte Wertvorstellungen (Einfamilienhaus im Grünen, Wertvorstellungen von Migrant/-innen) beachten
- Best-Practice / Musterbeispiele erarbeiten und veröffentlichen: z.B. gelungene Sanierungen im Bestand, „Neustrukturierung der Dorfmitte“
- Wahre Kostenstrukturen (Kosten Erschließung neuer Baugebiete, Kosten für Einzelhandel und Gewerbe auf der „Grünen Wiese“) erarbeiten und der Öffentlichkeit kommunizieren

Kommunale Vorbildfunktion einnehmen

- Innerhalb des politischen Entscheidungsgremiums ein gemeinsames Verständnis für die Bedeutung der Innenentwicklung und den Bodenschutz im Außenbereich entwickeln
- Politischen fraktionsübergreifenden Konsens als Leitlinie zur zukünftigen „Entwicklung nach Innen“ herbeiführen

Bewusstseinswandel durch finanzielle Förderung befördern

- Fördermittel für Bau und Sanierung bspw. für junge Familien im Innenbereich bereitstellen

Ohne Herz lebt kein Dorf!

Vitale und attraktive Dörfer haben lebendige Ortskerne! Die Innenentwicklung der Dörfer mit der notwendigen Infrastruktur ist zum Erhalt bzw. zur Schaffung lebendiger Ortszentren eine aktuell vordringliche Aufgabe.

Ortskerne mit ihrer Funktionsvielfalt erhalten und stärken; Nutzungsmischung verstärkt nutzen

- Entwicklung der Ortskerne trägt zur Betonung der eigenen Identität bei
- Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge im Ortskern vorhalten: Nahversorgung, medizinische Dienstleistungen, kommunale Dienstleistungen, Kulturangebote
- Soziale Infrastruktur im Ortskern stärken: Bildungseinrichtungen, Betreuungseinrichtungen, Pflegeeinrichtungen
- Ortskerne als Kommunikationszentren ausbauen: formelle und informelle Treffmöglichkeiten fördern – auch im öffentlichen Raum, multifunktionale Plätze, Gasthäuser, Bürgerhäuser
- Ortskerne als Standort für Gewerbe und Dienstleistungen ausbauen (z.B. Ortskerngründerzentrum)
- attraktive Grünflächen im Ortskern anlegen
- Wohnen im Ortskern fördern, vor allem für junge Menschen, junge Familien ältere Menschen und für generationenübergreifende Wohnformen

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

- Bei Baumaßnahmen im Ortskern Grundsatz der Barrierefreiheit verfolgen: öffentliche Einrichtungen, Fußwege, etc.
- „Mut zur Lücke“ in Ortskernen entwickeln: nicht bebaute Flächen belassen
- Gestaltungsräume zulassen, Räume zur Entfaltung bereitstellen

Beteiligung der Bevölkerung an der Planung für den Ortskern beteiligen

- Beteiligungsmöglichkeiten / Beteiligungsforen für die Bevölkerung schaffen, die über die formelle Beteiligung in der Bauleitplanung hinausgehen

Hindernisse bei Maßnahmen zur Belebung des Ortskerns beseitigen

- Dialog mit den Denkmalschutzbehörden eingehen
- Dialog mit der Regierung eingehen
- Trennungsgrundsatz im Baurecht abschaffen (?)
- Ausgleichsflächenregelung (?)

Strategien und Maßnahmen zur Belebung des Ortskerns konsequent um- und einsetzen

- Innenentwicklungskonzept erstellen, um so die Grundlagen für eine konkrete Weiterentwicklung verfügbar zu haben
- Kommunikationskonzept zur Belebung des Ortskerns erstellen
 - Alle Akteure in der Kommune sensibilisieren und Bewusstsein bilden
 - Dialogforen einrichten: wie wollen wir in unserer Kommune leben?
- Umnutzung von Brachflächen erleichtern
- Zuwege zu den Immobilien schaffen
- Auf der Basis einer Leerstandsdatenbank Leerstandsoffensive initiieren / Zwischennutzungen erlauben und forcieren
- Gemeindliches Vorkaufsrecht von Schlüsselgrundstücken wahrnehmen und dadurch Impulse für die Ortskernbelebung geben
- Wohnraumbedarf nach demografischer Entwicklung ausrichten
- Verdichtung durch private Umlegung ?
- Parkplätze im und um den Ortskern schaffen
- Beratungsleistungen ausbauen: z.B. gezielte Beratung von Bauwilligen im Ortskern

In Regionen mit zurückgehender Bevölkerung: Schrumpfstراتيجien erarbeiten

- Kommunikationskonzept zu Notwendigkeit der Schrumpfung / Sanierung erarbeiten und umsetzen
- Rückbaukonzepte für Ortsteile / für kommunale Gebäude / technische und soziale Infrastruktur erarbeiten
- Entwicklungskonzepte für leere Bausubstanz (siehe auch Leerstandsmanagement)
- Anreize für Dorfumbau, Gebäudeabbrüche schaffen

Unsere Böden erhalten wir für nachfolgende Generationen!

Flächenmanagement verringert den Flächenverbrauch. Neue Verkehrsprojekte werden hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Siedlungsentwicklung überprüft. Alle Möglichkeiten zum Flächensparen sind ausgeschöpft.

Strategien und Maßnahmen in den Leitlinien – Ergebnisse der Regionalkonferenzen in Bayern

(Rechtliche) Möglichkeiten zur Reduzierung der Bodenversiegelung nutzen

- Bauleitplanung für die Verringerung von Bodenversiegelungen nutzen, dabei technische und bauliche Beratung in Anspruch nehmen
- Rückbaugesamt: bei Aufgabe der Nutzung Rückbaupflicht
- Selbstverpflichtungserklärung der Kommunen anstreben: Bei Neubau von kommunalen Liegenschaften bestimmten Flächenanteil für Grün anstreben
- Maßnahmen
 - Bei Ortskernsanierungen entsiegeln: wasserdurchlässige Bodenbeläge anbringen
 - Erhalt bzw. Sichtbarmachen/Renaturierung von (verrohrten) Bachläufen und Sumpfgebieten
 - Installation von Rigolenversickerungen

Grundsatz der Generationengerechtigkeit konsequent verfolgen: wir können nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen Flächen verbrauchen

- Langfristiges kommunales Konzept zum Flächenverbrauch erarbeiten
- Flächenmanagement konsequent einführen und umsetzen

Flächensparen schafft Identität und Heimatgefühl

Sorgsamer Umgang mit der Fläche bewahrt somit unsere Landschaften und Landschaftsbilder vor weiterer Zerschneidung und Versiegelung. Durch Flächensparen erhalten wir unsere Kulturlandschaft und Heimat.

Eine kleingliedrige Kulturlandschaft als Charakteristikum der ländlichen Räume in Bayern erhalten

- Fördermittel bereitstellen (z.B. Bewirtschaftungsprämien, Förderung ökologischer Landwirtschaft)
- Landwirtschaftsschulen erhalten und stärken
- Schulen für Dorf- und Landentwicklung erhalten und stärken

Umweltbildung / in Kindergarten und Schule stärken